

INTERGLOBAL

SÜDKOREA

Schrauben pflastern ihren Weg

Lisa Thiele

Seit dem 21. Mai besetzen 800 Arbeiter eine Autofabrik im südkoreanischen Pyeongtaek, weil sie ihre Entlassung nicht akzeptieren wollen. Am Mittwoch hat die Polizei den größten Teil des Geländes gestürmt.

Die Belagerung dauert an. Auch nach der weitgehenden Erstürmung des Geländes der von Arbeitern besetzten Automobilfabrik Ssangyong am vergangenen Mittwoch in Pyeongtaek, halten sich noch mindestens 100 Arbeiter in einem Farblager verschanzt. Das südkoreanische Fernsehen strahlte Bilder des Polizeieinsatzes aus. Mit Hilfe von Hubschraubern verschafften sich Teile der insgesamt über 4.000 Einsatzkräfte Zugang zu dem Areal. Bei den anschließenden Kämpfen kam es zu brutalen Übergriffen auf die Besetzer. Bereits am 20. Juli hatte die Polizei das Gelände zu stürmen versucht. Den Besetzern wurde das Wasser abgestellt, die Polizei verhinderte seither, dass sie Nahrungsmittel und medizinische Hilfe erhalten.

Dass Manager für einige Stunden in ihren Büros eingesperrt werden, erboste Arbeiter eine Fabrik besetzen oder durch die Straßen ziehen und hier und da Barrikaden anzünden, kommt auch anderswo vor. Doch die

Härte und Ausdauer der Besetzer in Pyeongtaek ist ungewöhnlich, insbesondere für die Autoindustrie.

Ssangyong ist Südkoreas fünftgrößter Autohersteller und damit der kleinste des Landes. Die chinesische Shanghai Automotive Industry Corp. (SAIC) ist seit 2004 zu 51 Prozent an Ssangyong beteiligt. Der Umsatz des Unternehmens ist in der ersten Hälfte 2009 im Vergleich zum vergangenen Jahr um 74 Prozent eingebrochen. Ssangyong stellt hauptsächlich Geländewagen und Nobelkarossen her und hat daher ein ähnliches Problem wie General Motors. Nicht nur die Folgen der Weltwirtschaftskrise, auch steigende Spritpreise und ein wachsendes Umweltbewusstsein minderten den Absatz. Ssangyong hat bereits im Januar Insolvenz angemeldet, konnte jedoch unter richterlicher Aufsicht im Februar den Betrieb wieder aufnehmen. Der „Rettungsplan“ sieht die Entlassung von 2.646 Beschäftigten vor.

Der koreanische Gewerkschaftsverband KCTU erklärte, dass „von den 2.646 Entlassenen 1.800 freiwillig ihren Job aufgegeben“ hätten, und fordert, die verbleibenden 800 Arbeiter nicht zu entlassen. Dies sei mittels Schichtarbeit möglich. Seit dem 21. Mai hielten die betreffenden 800 Ar-

beiter das Fabrikgelände besetzt. Ein Sprecher der Gewerkschaft, Lee Chankun, kündigte an, dass sie auch „im Angesicht des Todes“ nicht aufgeben würden.

Die Besetzung verursachte Produktionseinbußen, die Ssangyong bereits 183 Millionen US-Dollar kosteten. Anfang Juli befand ein Gericht die Besetzung für illegal. Die Polizei wurde vor zwei Wochen beauftragt, das Gelände zu räumen. 3.000 Polizisten drangen daraufhin erstmals auf das Gelände vor, unterstützt von Wasserwerfern und zwei Polizeihubschraubern. Die Beamten setzten Schlagstöcke, Gummigeschosse und Elektroschockpistolen ein. Bereits damals gelang es ihnen, die meisten Gebäude zu erobern.

„Bringt uns doch alle um.“

Doch die Arbeiter hatten Schleudern auf den Dächern installiert und beschossen die anrückenden Polizisten mit Schrauben und Bolzen. Während die Beamten Netze aufhängten, um sich vor dem Beschuss zu schützen, verschanzten die Arbeiter sich auch in dieser Situation in der Lackie-

rerei, wo 10.000 Liter leichtentzündlicher Lack und Verdünner lagern. Das Gebäude ist mit Transparenten verziert, auf einem ist zu lesen: „Bringt uns doch alle um.“

Im Januar starben bei der Räumung eines Hauses in Seoul vier Besetzer und ein Polizist, im Gebäude war ein Feuer ausgebrochen, vermutlich durch einen Brandsatz ausgelöst. Ein Feuer in der Lackiererei hätte weit verheerendere Folgen. Die Belagerung soll die Besetzer zum Aufgeben zwingen, von Helikoptern aus wurden sogar Chemikalien, unter anderem Tränengas in hoher Konzentration, gesprüht. Bereits damals hatte es auf beiden Seiten mehr als 100 Verletzte gegeben, nach dem Polizeieinsatz vom Mittwoch wurde abermals diese Zahl genannt.

Einige Juristen hatten in den vergangenen Wochen versucht, den Besetzern 3.000 Wasserflaschen und Erste-Hilfe-Kästen zukommen zu lassen, die Polizei verhinderte die Übergabe jedoch. Daraufhin hatte sich die Human Rights Commission zu Wort gemeldet, das brutale Vorgehen der Polizei kritisiert und gefordert, den Arbeitern den Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung zu gestatten. Auch die International Trade Union Confederation, der größte Gewerk-

INTERGLOBAL



FOTOS: LIBCOM.ORG

Draußen Solidaritätsdemonstrationen ...

schaftsverband der Welt, kritisierte den Polizeieinsatz. Doch Beschwerden dieser Art beeindrucken den konservativen Präsidenten Lee Myung-bak offenbar nicht, wie der neuerliche Polizeieinsatz dokumentiert.

Arbeitskämpfe in Südkorea werden oft mit großer Härte geführt. Die Erbitterung verstärkt hat in diesem Fall, dass die Frau eines Gewerkschafters aus Verzweiflung Selbstmord beging, als die Polizei zur Räumung anrückte. Ihr waren nach Angaben der Gewerkschaft zuvor gerichtliche Vorladungen und ein Haftbefehl für ihren Mann zugegangen. Die KCTU gibt der Regierung und dem Management die Schuld an ihrem Tod. Denn „bereits die Entlassungen“ kämen Mord gleich.

Den Gewerkschaften gelang es seit der Demokratisierung Ende der Achtzigerjahre, eine Reihe von Verbesserungen zu erkämpfen, unter anderem eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von mehr als 55 auf 40 Stunden und einen Kündigungsschutz, der Entlassungen nur bei „dringlichen“ Notlagen gestattet. Geschützt werden jedoch nur regulär Beschäftigte. Seit der so genannten Asien-Krise 1997/1998 stellen die Unternehmen in Südkorea deshalb verstärkt Zeitarbeiter ein, ihre Zahl wird derzeit auf 5,4 Millionen geschätzt.

Im Jahr 2007 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das eigentlich die Zeitarbeiter schützen sollte. Es schreibt den Unternehmen vor, Zeitarbeiter, die bereits zwei Jahre ange-

stellt sind, permanent unter Vertrag zu nehmen. Deshalb haben viele Unternehmen am 1. Juli beschlossen, Zeitarbeiter zu entlassen, die fast zwei Jahre beschäftigt wurden. Der Ökonom Kwon Hyuk-cheol befindet, dass Manager die „unregelmäßig Beschäftigten als Prellbock halten“, um Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften aus dem Weg gehen zu können. Denn nur 3,4 Prozent der Zeitarbeiter sind Gewerkschaftsmitglieder, während 17,4 Prozent der regulären Arbeitskräfte gewerkschaftlich organisiert sind. Kritiker werfen aber auch den Gewerkschaften vor, sich nicht ausreichend für die Zeitarbeiter einzusetzen.

Überdies drohen weitere Firmenpleiten und Massentlassungen.

Da der Exportanteil 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, ist die südkoreanische Wirtschaft sehr stark von der Entwicklung des Welt Handels abhängig und somit von der Wirtschaftskrise härter betroffen als andere Länder. Im Jahr 2008 betrug das Gesamthandelsvolumen 857,2 Milliarden US-Dollar, Ausfuhr-güter sind vor allem Autos, Schiffe, elektronische Erzeugnisse, Stahl und Chemikalien, alles Waren, bei denen ein Rückgang der Nachfrage prognostiziert wird oder bereits eingetreten ist. Das Wirtschaftswachstum lag im vergangenen Jahr bei 2,5 Prozent, in diesem Jahr erwartet der Internationale Währungsfonds einen Rückgang um vier Prozent. Wegen des Handelseinbruchs ist die Arbeitslosenquote



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion und Layout:** Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Jacque Hueber (jacque.hueber@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • **Druck:** c. a. press, Esch • **Einzelpreis:** 1,75 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 75 € (Ausland zzgl. 28 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 35 € • **Konto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • **Recherchefonds:** Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • **E-Mail:** woxx@woxx.lu • **URL:** www.woxx.lu • **Tel.** (00352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79



... auf dem Gelände der Fabrik entschlossene Besetzer: Der Arbeitskampf beim Autobauer Ssangyong wird mit enormer Härte und Ausdauer geführt.

im Juni 2009 auf offiziell 3,9 Prozent angestiegen, im vergangenen Jahr lag sie durchschnittlich bei 3,3 Prozent.

Auch in Südkorea gibt es Konjunkturprogramme: Im Januar wurde der „Green New Deal“ beschlossen. Über 30 Milliarden Euro werden bereitgestellt, um Arbeitsplätze zu sichern, die Infrastruktur auszubauen und eine „grüne“ Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. Von einem „Green New Deal“, einer Umstellung auf umweltverträglichere Kleinwagen, wie General Motors sie plant, ist bei Ssangyong jedoch nicht die Rede. Anders als die Regierungen der USA und Deutschlands, die „ihre“ Autokonzerne erhalten wollen, zu Hilfszahlungen bereit sind und sich in die Übernahmeverhandlungen einmischen, scheint die politische Führung Südkoreas zu Unterstützungsmaßnahmen nicht bereit zu sein. Die KCTU wiederum ist im Vergleich zu deutschen und amerikanischen Gewerkschaftsverbänden weniger kompromissbereit.

Präsident Lee Myung-bak will „politische Gewerkschaften, Hardliner-Gewerkschaften und illegale Streiks“ loswerden. Er propagiert eine koreanische Version der Sozialpartnerschaft, im Februar rief er Unternehmerverbände, Gewerkschaften und NGOs zu einem „Emergency Meeting“ zusammen, das Maßnahmen gegen die Krisenfolgen beschließen sollte. Die KCTU, die immerhin etwa 40 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten repräsentiert, wurde gar nicht erst eingeladen und kritisierte nach dem Treffen, dass der konkurrierende Verband FKIU Lohnkürzungen und einem Streikverzicht zugestimmt habe.

Die KCTU organisiert Solidaritätsstreiks und Demonstrationen zur Unterstützung der Besetzer von Ssangyong, bei einem Sitzstreik vor dem Parlament in Seoul ließen sich Gewerkschafter als Zeichen des Pro-

tests den Kopf kahl rasieren. Der Verband misst dem Streik große Bedeutung zu: „Diese Julischlacht wird das Schicksal der Arbeiter entscheiden.“ Tatsächlich dürften, nicht nur in Südkorea, viele Lohnabhängige aufmerksam beobachten, ob es möglich ist, sich in Krisenzeiten erfolgreich gegen Entlassungen zu wehren.

Gut erscheinen die Erfolgsaussichten allerdings nicht, wie die jüngsten Ereignisse zeigen. Vergangenen Sonntag hatte Ssangyong-Manager Lee Yoo-il die erst wenige Tage zuvor begonnenen Gespräche für beendet erklärt. Lee zufolge hatte die Gewerkschaft das Angebot abgelehnt, einen Teil der Arbeiter weiter zu beschäftigen. Sie bestand statt dessen auf der Rücknahme aller Entlassungen. Die Unternehmensführung droht, nun die gesamte Produktion einzustellen, und die konservative Regierung sah bei Redaktionsschluss weiterhin keinen Anlass zur Intervention.

Lisa Thiele arbeitet als freie Autorin.

Nächste Woche:

25 Jahre Aufmerksamkeit

Kaum eine NGO ist in ihrem Wirken so umstritten wie Greenpeace, bis in die Reihen der Umweltbewegung hinein. Ein kritischer Blick auf den 1984 gegründeten Luxemburger Ableger.

AVIS

**Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics
Division de la Gestion du Patrimoine**

Avis d'adjudication

Ouverture de la soumission: **jeudi 03 septembre 2009 à 10:00 heures**,
Administration des Bâtiments publics,
10, rue du St-Esprit à L-1475 Luxembourg

**Séminaire Centre Jean XXIII,
52 rue Jules Wilhelm à Luxembourg**

Objet: **travaux d'installation
d'appareils de cuisine et de
plafond ventilé**

Envergure:

- 17 m de meubles divers
- 3 meubles réfrigérés
- 3 chambres froides
- groupe frigorifique commun
- bloc central de cuisson
- four polycuiseur
- plonge à capot
- 24 m² de plafond ventilé
- 32 m² de plafond métallique
- traitement d'eau
- caniveaux, machines de cuisine et accessoires

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

Début/Durée prévisible: La durée des travaux est de 15 jours ouvrables à débuter en décembre 2009.

Les intéressés sont tenus d'introduire leur candidature écrite au minimum 24 heures avant de retirer le dossier de soumission à

L'Administration des Bâtiments publics
« Soumissions »
Boîte postale 112
L-2011 Luxembourg
Télécopieur : 46 19 19-555

Les plans, cahiers des charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration à partir du mardi 4 août 2009 au jeudi 27 août 2009.

Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux d'installation d'appareils de cuisine et plafond ventilé dans l'intérêt du Séminaire à Luxembourg » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

Luxembourg, le 28 juillet 2009.
Le ministre du Développement durable et des Infrastructures
Claude Wiseler

visitez notre site internet

